

„Westumfahrung kommt nicht in Frage“

B 212NEU Info-Veranstaltung interessiert mehr als 300 Bürger – Diskussion sehr sachlich geführt

Die Gemeinde will nicht unter den Delmenhorster Verkehrsproblemen leiden. Notfalls wird geklagt.

VON WOLFGANG LOEST

STENUM – Otto Sackmann, stellvertretender Sprecher der Bürgerinitiative Bookholzberg, lag gar nicht so falsch: Auf der jüngsten Info-Veranstaltung der Gemeinde zum Thema „B 212neu und Entwicklungssachse“ wies er darauf hin, dass gar keine neue Trasse zwischen Harmenhäusen und der Landesgrenze zu Bremen notwendig sei – nicht für die rund 6000 Fahrzeuge, die täglich auf der L 875 zwischen dem Oberzentrum Bremen und der nördlichen Westermarsch verkehren. Der Bau der B 212neu sei vom Bundestag mit dem Ziel beschlossen worden, Verkehrsströme zu bündeln und die Anbindung der Unterweser-Häfen an die Hansestadt inklusive Güterverkehrszentrum zu verbessern, restümierte denn auch Joachim Delfs, Chef der niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Oldenburg, auf der Veranstaltung am Dienstagabend im Hotel Backenköhler in Stenum vor mehr als 300 Zuhörern.

Hohe Belastung befürchtet

Nach Verkehrsprognosen, die von zwei externen Gutachtern unabhängig voneinander entwickelt worden sind, wird die Sogwirkung sogar so groß erwartet, dass Delmenhorst ein



BILD: HERGEN SCHELLING

Großes Interesse am Thema Westumfahrung: Peter Meyer, Fachbereichsleiter für Gemeindeentwicklung, erklärte den mehr als 300 Bürgern im Hotel Backenköhler, dass die geplante Trasse vermutlich weiteren Verkehr anziehen wird.

Verkehrsinfarkt droht. Zwecks Entlastung wird deshalb eine Umgehungsstraße notwendig, die zunächst als „Entwicklungssachse“ ins Gespräch gebracht worden ist.

„Eine Westumgehungs Delmenhorsts wird nicht nur an die 7000 Fahrzeuge pro Tag aus der Stadt nach Ganderkesee ableiten, sondern auch weiteren Verkehr anziehen“, erläuterte Peter Meyer, Fachbereichsleiter für Gemeindeentwicklung. Die sei so bewertet

er, nur „schwer erträglich“.

Unterstützung vom Landrat

Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas wurde noch deutlicher: Ein Problem, das lange Zeit bekannt gewesen sei, sollte kurzerhand auf die Gemeinde Ganderkesee abgehoben werden. Auch wenn derzeit verschiedene Trassenführungen der Umgehungsstraße untersucht werden, stehe für Ganderkesee schon jetzt fest: „Wir wollen keine

umfahrung ablehnt.

„Wir haben den Eindruck, dass gezielt Verkehr produziert wird, damit sich für einen privaten Investor der Bau des Westertunnels im Zuge der A 281 rechnet“, warf der Vorsitzende des Bürgervereins Hohenböken, Hans-Joachim Wallenhorst, in die insgesamt sehr sachlich geführte Diskussion ein. Delfs wollte dieses Argument nicht völlig entkräften. Die B 212neu werde sicher den Verkehrsfluss in Richtung Tunnel erhöhen, aber der Autobahnverkehr innerhalb Bremens sei weitaus abschlaggebender.

Der Jade-Weser-Port spielt bei den Verkehrsprognosen so gut wie keine Rolle, erfährt Hartmut Lammert vom Aktionsbündnis Prima Klima auf seine Nachfrage hin. „Aber niemand weiß, wie sich die Märkte entwickeln werden“, räumte Delfs im Nachsatz ein.

Neues Treffen angekündigt

Anders als die Delmenhorster Politik gehen weder die Ganderkeseeer Gemeindeverwaltung noch Behördenchef Delfs davon aus, dass das Raumordnungsverfahren für B 212neu noch einmal neu aufgerollt wird. „Nebulöses hat sich gelichtet, aber die Sache ist nicht besser geworden“, fasste Alice Gerken-Klaas das Ergebnis der gut zweistündigen Veranstaltung zusammen. Das nächste Treffen soll im Frühjahr stattfinden. Joachim Delfs hat seine Teilnahme bereits zugesagt.

→ Ein Spezial zum Thema unter www.NWZonline.de/ **B/212neu**

NWZ 15.09.11

ZEITPLAN

Per Erlass hat das Bundesverkehrsministerium die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Anfang 2011 angewiesen, eine „Westumfahrung“ zu planen. Diese Anweisung ist inzwischen dahingehend modifiziert worden, verschiedene Trassen für eine Umgehung Delmenhorsts zu prüfen.

Die Antragskonferenz zur Eröffnung des notwendigen Raumordnungsverfahrens ist laut Behördenchef Joachim Delfs für kommendes Frühjahr geplant.

Das Raumordnungsverfahren wird voraussichtlich Mitte 2014 abgeschlossen.

Konkretisiert wird die im vorangegangenen Verfahren ausgewählte Trasse dann im Rahmen der „Linienbestimmung“, die das Verkehrsministerium billigen muss.

Vor dem Baustart ist noch ein umfangreiches Planfeststellungsverfahren erforderlich, in das die beteiligten Kommunen laut Delfs frühzeitig einbezogen werden sollen.

Gegen die Planfeststellung können Landkreise und Gemeinden, aber auch betroffene Bürger später vor dem Oberbeziehungsweise Bundesverwaltungsgericht klagen.